

Gemeinwohl-Ökonomie post Corona

Das Ende der strukturellen Verantwortungslosigkeit

Lisa Muhr

Was haben wir gelernt aus Corona? Online zu shoppen? Online zu verkaufen? Online zu lernen, zu arbeiten, zu kommunizieren? Zweifelsfrei: Die Digitalisierung hat Fahrtwind aufgenommen. Das ist eine Tatsache. Was der in Österreich-Ungarn geborene Nationalökonom Joseph Schumpeter (1883–1950) „Schöpferische Zerstörung“ (1) in einer analogen Welt nannte, heißt heute „Disruptive Innovation“ (2) vor dem Hintergrund eines digitalisierten, globalisierten Marktes, der die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts weitestgehend verändern wird. **Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es marktwirtschaftliche Kräfte mit diesem Wirkungspotential, deren Energien – positiv oder negativ – auf den gesamten Planeten und auf alle Lebewesen Einfluss nahmen und nehmen.**

Schumpeter bezweifelte in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942) die dauerhafte Überlebensfähigkeit des kapitalistischen Systems. Er nahm an, dass sich das System selbst destabilisieren würde (und zwangsläufig durch den Sozialismus abgelöst werden würde): Mit der Größe der Unternehmensstrukturen würde das moralische Verantwortungsgefühl abnehmen (Gewinn/Nutzenmaximierung als Ziel), mit einer höheren Bildungsrate würden mehr Bürger*innen die Unverhältnismäßigkeit zwischen Arm und Reich, die der Kapitalismus ermöglicht und sichtbar macht, nicht mehr hinnehmen.

Genau das passiert gerade: Digitalisierte und globalisierte Märkte sind ein Nährboden für das Anwachsen von Weltkonzernen, die Monopolstellung haben, sich aussuchen, in welchen Ländern sie Steuern zahlen, mächtiger als ganze

Staaten sind und Zahlen vor Menschen und Moral stellen. Aber auch das Anwachsen einer immer lauter werdenden Menge, die sich gegen soziale und ökologische Ausbeutung zur Wehr setzt, wird immer sichtbarer, vor allem bei der jüngeren Generation. Schumpeter könnte mit seiner Theorie also Recht haben: Der Kapitalismus steht im 21. Jahrhundert mit dem Rücken zur Wand und scheint gerade dabei zu sein, sich selbst zu zerstören.

Nun könnten wir sagen: So what? Dann zerstört er sich eben selbst und wir werden neue Wege gehen. Sozialismus wird nicht die Lösung sein, aber es gibt zahlreiche andere Ansätze: Gemeinwohl Ökonomie, Postwachstumsökonomie, Donut-Ökonomie, Solidarische Ökonomien, Commons, post-fossile Kreislaufwirtschaft, Share Economy, Care Economy und dergleichen.

Das Problem dabei: Es könnte sein, dass wir diese neuen Wege gar nicht mehr gehen können! **Zu dem anthropogenen Zweiergespann von Digitalisierung und Globalisierung kommt nämlich eine dritte Kraft hinzu, die wir Menschen nicht oder nur bedingt steuern können.** Eine Macht, die weder auf uns Menschen angewiesen ist noch auf uns Menschen Rücksicht nimmt: das Klima. Diese über alles stehende Einflussgröße konnten Schumpeter und andere Wirtschaftswissenschaftler*innen der vergangenen Jahrhunderte nicht sehen und in ihren Theorien nicht berücksichtigen.

Die „kreative“ Zerstörung des Kapitalismus wird meiner Meinung nach nicht durch Unternehmen, ↘



Die „kreative“ Zerstörung des Kapitalismus wird meiner Meinung nach durch das Klima erfolgen.

Lisa Muhr

„Fridays for Future“ Demo in Wien, November 2019.

Manager*innen oder Intellektuelle erfolgen, sondern durch das Klima. Sollte diese Zerstörung eintreten, wird sie nicht kreativ, sondern katastrophal für uns Menschen sein.

Und genau an dieser Stelle liegt die alles entscheidende Weggabelung: Jetzt und heute, mit und ohne Corona. Die nächsten zwanzig Jahre werden zeigen, ob die Zerstörung des kapitalistischen Systems kreativ oder katastrophal erfolgt. „More of the same“ verträgt unser Erdball jedenfalls nicht mehr.

Die sieben Handlungsfelder des ökonomischen Denkens im 21. Jahrhundert

Die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth, die in Oxford und Cambridge lehrt, hat in ihrem Konzept der Donut-Ökonomie wunderbar klar sieben Handlungsfelder eines neuen ökonomischen Denkens zwischen ökologischer Decke (planetare Grenzen) und sozialem Fundament (Grundbedürfnisse der Menschen) zusammengefasst (3):

1. Das Ziel verändern, das heißt: alternative Messgrößen zum BIP (Bruttoinlandsprodukt) für die Wohlstandsmessung von Staaten, die auf humane, soziale und ökologische Faktoren fokussieren;
2. Das Gesamtbild erfassen, das heißt: Ökonomie in Natur und Gesellschaft einbetten anstatt Laissez Faire Ökonomie (der „freie“ Markt darf alles ohne Rücksicht auf menschliche Verluste);
3. Die menschliche Natur berücksichtigen, das heißt: weg vom „Homo Oeconomicus“ (Egoismus und Konkurrenzdenken prägen den Menschen) hin zum sozialen Wesen Mensch;
4. Systemisches Denken – vom mechanischen Gleichgewicht zur dynamischen Komplexität (Bestands- und Fließgrößen, Rückkopplungsschleifen, Verzögerungen statt Gleichgewichtsdiagramm von Angebot und Nachfrage);
5. Verteilungsgerechtigkeit statt Wachstumsdogma;
6. Regeneration statt Degeneration, das heißt: zirkuläre statt lineare Wirtschaft: Recycle, Repair, Reuse, Reduce, Refurbish, Regionalisierung (von Stoff- und Energiekreisläufen);
7. Eine agnostische Haltung zum Wirtschaftswachstum unter dem Aspekt der planetaren Grenzen und der Begrenztheit menschlicher Bedürfnisse.

Das klingt für mich richtig und einleuchtend. Doch wie kann das alles funktionieren? Wie kann die Veränderung eines

globalen Marktes funktionieren, der weiterhin kapitalistisch aufgestellt ist, bei dem es weiterhin um exponentielles Wachstum geht, der weiterhin auf Massenproduktion und Wegwerfmentalität aufgebaut ist? Wie geht Veränderung eines Marktes, in dem Angst vor Arbeitsplatzverlust vorherrscht, weil die monetäre Abgeltung von Leistung die einzige Einnahmequelle ist, in der die politischen Vertretungen demokratisch legitimierter Gesellschaften meist von Wahl zu Wahl denken, sich vor unangenehmen Maßnahmen für eine langfristige Richtungsänderung scheuen?

Um neue Ziele in einer zukunftsfähigen Ökonomie des 21. Jahrhunderts zu erreichen, brauchen wir einen intelligenten Übergang – unter Bedacht auf die drohende Klimaveränderung und deren Folgen. Aber: Viel Zeit haben wir nicht mehr! Umso unverständlicher scheint mir, dass nicht alle Wirtschaftswissenschaftler*innen dieser Welt mit aller Kraft daran arbeiten, Übergangslösungen für ein neues Wirtschaftsparadigma zu finden – ähnlich wie alle Pharmakonzerne dieser Welt in der Coronakrise nach einem Impfstoff suchen!

Die Gemeinwohl-Ökonomie als Brücke in die Zukunft

Ich bin der Meinung, dass die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) genau so ein Übergangssystem sein könnte. Die GWÖ lehnt das Prinzip des Marktes nicht ab. Sie ist eine Marktwirtschaft, nur eine viel fairere als die heute praktizierte. Sie versucht, Mensch und Umwelt einzubeziehen. Die GWÖ möchte einen demokratisch legitimierten Rahmen stecken, in dem sich die Marktwirtschaft frei bewegen kann, aber in dem überschießende Vorteilsaneignung von einigen wenigen auf Kosten der vielen anderen nicht mehr möglich ist. Die GWÖ will diese Rahmenbedingungen in Wirtschaftskonventen breit und partizipativ diskutieren, Lösungen erarbeiten und danach gesetzlich verankern. Erste regionale und kommunale Konvente befinden sich im Testlauf.

Das Herzstück der GWÖ ist die Gemeinwohl-Bilanz, die Unternehmen zusätzlich zur Finanzbilanz erstellen, um die sozialen, ökologischen und ethischen Wirkungen in ihrem Tätigkeitsfeld (bei allen Stakeholder*innen) darzustellen. Das Ergebnis der Bilanz nimmt Einfluss auf die Bonität und den Wert eines Unternehmens. Je besser das Ergebnis, desto günstigere Konditionen gelten für Kredite, Förderungen, Vergabeverfahren öffentlicher Beschaffung, Steuern, Marktzugang und dergleichen.

Damit werden Anreize geschaffen für nachhaltiges, Gemeinwohlorientiertes Unternehmertum, die im heutigen System noch komplett fehlen. Die GWÖ zwingt dabei niemanden, das eigene Businessmodell zu verändern, aber: Da es in Zukunft durch die neuen Rahmenbedingungen billiger sein soll, sich fair und nachhaltig zu verhalten als ausbeuterisch und unfair, wird sich das Denken und Handeln der Unternehmen verändern. Die GWÖ macht damit nichts anderes als das in Managementkreisen und kommunalen Einheiten längst praktizierte „Nudging“ – das „Anstupsen“ der Menschen mit einfachen Mitteln, um Verhaltensweisen zu ändern. Das ist notwendig, wenn die große Veränderung hin zu einer klimaverträglichen, neuen Wirtschaftsweise im Kerngeschäft der Unternehmen erfolgen soll.

Gemeinwohl-Bilanz und die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Gemeinwohl-Bilanz eignet sich als vollumfängliches Werkzeug zur transparenten Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie durchleuchtet jeden Winkel des Unternehmens und bringt wichtige Erkenntnisse für die Strategieentwicklung. Transparenz wird von Konsument*innen und Kund*innen immer stärker gefordert; die Gemeinwohl-Bilanz ist von allen Nachhaltigkeitsberichterstattungen eine der komplexesten und transparentesten und hat Potenzial als globaler Nachhaltigkeitsstandard.

Zu diesem Ergebnis kam die jüngst herausgegebene PuNa-Studie „Publizitätspflicht zur Nachhaltigkeit“ des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam (IASS) (4). Die Gemeinwohl-Bilanz kann daher als ein wertvolles, ganzheitliches Instrument für die Erfüllung der EU-Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung eingesetzt werden.

Die Universität Bremen attestiert dem Modell der Gemeinwohl-Ökonomie und dem dazugehörigen Steuerungsinstrument der Gemeinwohl-Bilanz ein hohes Ambitionsniveau bei der Umsetzung der 17 SDGs (Sustainable Development Goals), der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN), die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene dienen sollen. Der Leitfaden „Punkten für das Gemeinwohl und die SDGs“ (5) richtet sich an Unternehmen und Organisationen, die sich mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung beschäftigen und einen Beitrag zu deren Umsetzung leisten möchten. Er gewährt Einblick in

die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und zeigt auf, welche Rolle Unternehmen bei der Umsetzung der SDGs spielen können.

Die Herangehensweise des Leitfadens ist stark handlungsorientiert, das heißt, es soll vor allem die Frage beantwortet werden, wie Unternehmen die Umsetzung der SDGs im Rahmen ihrer Aktivitäten unterstützen können und inwiefern sie die Gemeinwohl-Bilanz als Unternehmens- bzw. Organisationskompass nutzen können.

Die Übergangszeit – kurzfristige Maßnahmen nach Corona

Was sind unsere Vorschläge post Corona auf dem Weg zu einer Gemeinwohl-Ökonomie, die das Wachstumsdogma und die heutigen Leitsätze des kapitalistischen Paradigmas überwunden hat? Hier ein Auszug (6):

Zur Einkommenssituation von Menschen: Die Löhne stehen in keinem Verhältnis zum notwendigen Aufwand des Lebens: Menschen, die einen enormen Wert für die Gesellschaft leisten (Kindererziehung, Pflegearbeit, Altenbetreuung) erhalten im Normalfall für ihre Arbeit nichts. Alleinverdienende, Alleinerziehende, Menschen mit Mindestpension (vor allem Frauen, die aufgrund ihrer Erziehungsarbeit in der Pension benachteiligt sind), aber auch junge Menschen, die keinen Job finden oder mehrere Jobs haben, um zu überleben, befinden sich in prekären Lebenssituationen. Die Digitalisierung wird Arbeitsplätze sowohl verändern als auch dezimieren, vor allem in den unteren Einkommensklassen.

Auf der anderen Seite: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, das Vermögen ist extrem ungleich verteilt. Manche Manager*innen verdienen das Hunderttausendfache eines durchschnittlichen Gehaltes.

Daher müssen die Basislöhne im Verhältnis zu den Ausgaben des täglichen Bedarfs steigen, es braucht Mindestlöhne für alle; Mindestlöhne in systemrelevanten Berufen sollten höher sein. Das Verhältnis „Mindestlohn zu Maximalgehalt“ sollte in einem definierten Verhältnis stehen.

Ein gewisses Grundeinkommen für alle würde die prekäre Lebenssituation von vielen auf ein erträgliches Maß abschwächen und Arbeitsplatzverluste aufgrund der Digitalisierung kompensieren. ↘

Den Unternehmen sollten Hilfsmaßnahmen in Krisen wie der Coronakrise gestaffelt und je nach Gemeinwohl-Produkt (Ergebnis der Gemeinwohl-Bilanz), gewährt werden.

Bei Großunternehmen (> 250 Mitarbeitende) könnte es in Krisenfällen eine Nachschusspflicht in einem zu definierenden Rahmen für Eigentümer*innen geben. Wenn Dividenden in Krisen ausgeschüttet werden, sollten keine Staatshilfen, keine Kredite, keine Absatzförderung gewährt werden. Die öffentliche Grundversorgung sollte ausgebaut werden, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, etwa in der Pflege (durch Einführung einer EU-weiten öffentlichen Pflegeversicherung mit gut bezahlten und sozialversicherten Arbeitsplätzen) sowie in der kommunalen Infrastruktur.

Zur Fiskal- und Geldpolitik: Nicht alle Länder haben den gleichen Spielraum in der Fiskal- und Budgetpolitik. Daher schlagen wir eine Schrittfolge abgestufter Maßnahmen in der Geldpolitik vor:

Der Ankauf von Staatsanleihen kann Sinn machen, wenn damit die Zinsen für neu ausgegebene Staatsanleihen sinken; dagegen stellt der Aufkauf von Unternehmensanleihen eine ungerechtfertigte Subvention börsennotierter Großunternehmen dar; solche Anleihen sollten weder mit Steuergeld noch mit Mitteln der Geldpolitik, sondern mit Geldern der Aktionär*innen gestützt werden.

Die Ausgabe gemeinsamer Staatsanleihen für die Eurozone (Eurobonds oder aktuell Corona Bonds) würde das Ausfallrisiko auf alle Mitgliedsstaaten der Eurozone verteilen und damit das Zinsniveau absenken.

Die direkte Staatsfinanzierung durch die EZB (Europäische Zentralbank) in Form zinsfreier Kredite („Modern Monetary Theory“) ist heute verboten (Art. 123 VAEU), unserer Meinung nach aufgrund vorgeschobener Inflationsängste. Diese Ängste wären jedoch unbegründet, wenn das Instrument in moderater Höhe – z.B. bei fünfzig bis sechzig Prozent des BIP – gedeckelt wäre (Maastricht-Verschuldungsgrenze). Damit würden sich die Staaten teure und sinnlose Zinsleistungen für Staatsschulden ersparen und viele Milliarden Euro würden für alternative Verwendungen frei.

Mit einer Vollgeldreform würde die Zentralbank zur alleinigen Ausgabestelle für Geld. Heute geben Zentralbanken nur das Bargeld aus, während das elektronische Buchgeld von

den Banken geschaffen wird. Durch ein Vollgeldsystem käme der Geldschöpfungsgewinn der Allgemeinheit zugute („Souveränage“). Außerdem würden sich im Zuge der System-Umstellung im Lauf von rund zwanzig Jahren die Staatsschulden in der Eurozone auf rund die Hälfte des aktuellen Standes halbieren (7). Mit diesen Maßnahmen könnten die Krisenkosten besser gestemmt, ein exzessiver Anstieg der Staatsschulden vermieden und nötige Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen und die nachhaltige Transformation der Ökonomie vorgenommen werden.

Mittelfristige Maßnahmen für die Transformation (zunächst EU-weit)

Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels ist eine CO₂-Steuer von mindestens 50-100 US-Dollar bis 2030 je Tonne (Empfehlung des Stiglitz-Stern-Berichts) (8) zum Schutz des Weltklimas notwendig. Gegenüber Drittländern mit geringeren CO₂-Steuern sollten CO₂-Schutzzölle eingehoben werden, welche die Differenz ausgleichen, um keinen Anreiz zu liefern, die Produktion oder den Firmensitz in Niedrigsteuerländer zu verlagern.

Der Flugverkehr ist die umweltschädlichste Transportform (9). Je Personenkilometer Bahnfahrt werden 36 Gramm CO₂ ausgestoßen, je Flugkilometer 201 Gramm (10). Dennoch ist Kerosin bis heute von der Mehrwertsteuer befreit. Eine Kerosinsteuer würde für mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr sorgen.

Ferner würde eine Finanztransaktionssteuer auf alle Transaktionen auf den Finanzmärkten (einschließlich Derivate, ausgenommen Banküberweisungen) das Finanzsystem stabiler machen, sie würde der sozialen Gerechtigkeit dienen und hohe Einnahmen – laut einer WiFo-Studie EU-weit bis zu 310 Milliarden Euro pro Jahr (11) – generieren.

Auch die Regionalisierung der Ernährungsgrundlage ist wichtig, denn Landwirtschaft und Ernährung sind „systemrelevante“ Wirtschaftssektoren. Sie sollten aus Sicherheits- und Resilienzgründen weitgehend regionalisiert und zu 100 % auf biologischen Anbau umgestellt werden.

In den Städten muss der Grün- und Erholungsraum ausgeweitet werden; der öffentliche Personennahverkehr sollte mit umweltfreundlichen Antrieben erfolgen; das Radwegenetz ausgebaut werden; eine Stadtplanung der kurzen Wege ist erforderlich.

Eine Gemeinwohl-Orientierung im Gesundheitssystem ist ein weiteres Ziel, damit eine Abkehr vom Profit-Paradigma erfolgen kann. Wir brauchen solidarische Gesundheitssysteme. Für das Gesundheits- und Pflegepersonal als systemrelevante Berufsgruppe muss ein höherer Mindestlohn gelten. Angesichts der Gewinnspannen sprechen wir uns für Preisregulierungen bei Arzneimitteln aus.

Das BIP sollte durch das Gemeinwohl-Produkt abgelöst werden. Dieses sollte aus den Präferenzen des Souveräns demokratisch ermittelt werden – mit Teilzielen aus den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Kultur. Diese Teilziele könnten mit je zwei bis drei Indikatoren operationalisiert und jährlich gemessen werden. An diesem Gemeinwohl-Produkt würden sich künftig Entscheidungen von Politik und Unternehmen orientieren. Neben ökologischen und Gesundheitskennzahlen wären auch Indikatoren für sozialen Zusammenhalt, Beziehungsqualität, demokratische Mitentscheidung, Grundrechte und Friedensimpulse enthalten.

Was haben wir aus Corona gelernt?

Wir haben mit Corona nicht nur online shoppen, online arbeiten und online kommunizieren gelernt. Wir haben etwas viel Essentielleres gelernt, das uns ein Überleben auf diesem Planeten ermöglichen könnte: Wir sind eine zusammenhängende Weltengemeinschaft und wir sind global handlungsfähig, wenn wir wollen. Wir brauchen andere Werte als die kapitalistischen für unser Überleben und für unsere Lebensqualität: **Solidarität, Kooperation, Respekt, Wertschätzung, Menschenwürde. Das sind Werte, die wir mit Geld nicht kaufen können, die uns aber unser Überleben auf diesem Erdball sichern könnten.**

Ich hoffe, dass wir diese Werte in unserem zukünftigen Tun berücksichtigen, dass wir klug genug sind, aus den Erfahrungen der Krise 2020 zu lernen und dass wir nicht mehr dorthin zurückkehren, wo wir vor Corona waren. Denn Corona war nicht die größte Krise. Die größte Krise der Menschheit hat gerade erst begonnen. Sie kommt nicht so plötzlich, sie lässt sich nicht so schnell verdrängen wie Corona. Corona war nur die Vorhut. Es liegt an uns Menschen zu zeigen, ob wir das verstanden haben. ←

Lisa Muhr

Geboren 1969 in Wien. 1988–1999 Studium der Architektur an der TU Wien. 1995–2005 div. Selbständigkeiten (Kunstverein, Produktdesignlabel, Eventagentur). 2005–2018 „Göttin des Glücks“ – 1. ökofaires Modelabel in Österreich. Seit 2010 in der Gemeinwohlökonomie aktiv: als Pionierunternehmen, Vorstandsmitglied des österreichischen Gründungsvereins, Botschafterin, Vortragende. Seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrende für Green Economy an der FHWN, Campus Wieselburg (Masterstudiengang „Green Marketing“). Seit 2020 Relaunch der Marke „Göttin des Glücks“, Neugründung der „Göttin des Glücks Fair Trade Genossenschaft“.

www.lisa-muhr.at

Literatur und Quellen zum Text

- (1) In seinem Frühwerk Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (1911) beschäftigte sich Joseph Alois Schumpeter mit den Eigenschaften und den Auswirkungen des Kapitalismus. Der Prozess der „Schöpferischen Zerstörung“ ist für ihn ein zentraler Faktor im Kapitalismus, der Innovation und Fortschritt bringt.
- (2) „Disruptive Innovation“ (deutsch: disruptive Technologien), vom US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Clayton M. Christensen in seinem umstrittenen Werk The Innovator's Dilemma (1997) beschrieben, wird heute häufig in der Start Up Szene verwendet.
- (3) Kate Raworth: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. Hanser, München 2018
- (4) Dorothea Brockhoff, Gudrun Engelhardt, Hanna Yabroudi, Ludwig Karg, Anja Aschenbrenner, Christian Felber: Publizitätspflicht zur Nachhaltigkeit. Entwicklung eines Anforderungskatalogs für einen universellen Standard (PuNa-Studie), IASS Study 09/2020, Download: https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-09/Studie_PuNa_Endfassung_IASS_Study_final.pdf
- (5) Punkten für das Gemeinwohl und die SDGs, ein Leitfaden von Matthias Kasper und Gerd Hofielen, Download: <https://gwoe.17plus.org/>
- (6) Eine vollständige Version mit allen Vorschlägen der GWÖ findet sich auf www.ecogood.org
- (7) https://christian-felber.at/wp-content/uploads/2018/12/12_Vorteile_Vollgeld-Reform_Felber_2016.pdf
- (8) Carbon Prices Leadership Coalition: Report of the High-Level Commission on Carbon Prices, 29. Mai 2017, <https://www.carbonpricingleadership.org/report-of-the-highlevel-commission-on-carbon-prices>
- (9) Arthur Sullivan: Der Klimawandel und das Fliegen, in dw.com, 27. Januar 2020
- (10) ARD plusminus: Urlaubsstart – Wie eine Kerosinsteuer das Fliegen verteuert und Klima rettet, 3. Juli 2019
- (11) Stephan Schulmeister: Implementation of a General Financial Transactions Tax, Wifo-Studie, Juni 2011, S. 33

Brutpflege: Vorläuferin der Solidarität?
Graugans-Mama mit Jungen. Neusiedlersee.

Solidarität jetzt – für welche Welt?

**Solidarität: Nachhaltig vorsorgen,
damit die Nachkommen weniger Sorgen haben.**

Stefan M. Gergely



Die einst feuchte Au der Schwarza wird immer trockener. Die gemeinnützige Arche Guntrams will sie ökologisch neu gestalten und für mehr Artenvielfalt sorgen.

Inhalt

Hermann Becke, Stefan M. Gergely, Raoul Kneucker, Tobias Richter

Editorial

04

Eckart Voland

Krise und Solidarität

08

Eine anthropologische Betrachtung

Leonhard Weiss

Solidarität braucht Anerkennung

15

Pädagogische Perspektiven

Raoul Kneucker

Weltmut!

21

Ein Appell

Anton Pelinka

Europäische Solidarität

26

Die Einflüsse von Neo-Nationalismus und Pandemie

Martin Schenk

Der Normsturz

31

Armut, Corona und die Blume der Gerechtigkeit

Lisa Muhr

Gemeinwohl-Ökonomie post Corona

36

Das Ende der strukturellen Verantwortungslosigkeit

Helmy Abouleish mit Christine Arlt

Wirtschaft der Liebe

42

Das SEKEM-Modell als Vorbild der ganzheitlichen
Entwicklung für die Zukunft

Carlo Willmann

Über Elisabeth Gergely

47

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gemeinnütziger Verein SEKEM-Österreich – www.sekemoesterreich.at,
Hermann Becke, Stefan M. Gergely, Raoul Kneucker, Tobias Richter.

Fotos: Stefan M. Gergely, Layout: Matthias Berke, Druckerei Berger, Horn. Klimaneutraler Druck auf LWC Recycling.

Alle Rechte bei den jeweiligen Urheberinnen und Urhebern. Graz und Wien, im November 2020.